

## Fraktion DIE LINKE. im Landeswohlfahrtsverband



Wolfgang Schrank,  
Fraktionsvorsitzender



Anna Hofmann,  
Fraktionsgeschäftsführerin



Dorothee Jünemann



Gabi Faulhaber



Walter Busch-  
Hübenbecker



Lothar Reininger,  
Mitglied im Verwaltungsrat

## Was ist der Landeswohlfahrtsverband ?

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV) ist ein Zusammenschluss der Landkreise und kreisfreien Städte. Seit den 1950-er Jahren wurden ihm hessenweit soziale Aufgaben in der Behindertenhilfe übertragen.

Der LWV unterstützt behinderte, psychisch kranke und sozial benachteiligte Menschen in ihrem Alltag und bei der Eingliederung in die Arbeitswelt. Er ist alleiniger Gesellschafter der Vitos-Kliniken und der größte Träger psychiatrischer Kliniken in Hessen.

Der LWV wird über eine Umlage finanziert. Alle Kreise und kreisfreien Städte zahlen je nach ihrer Steuerkraft den gleichen Prozentsatz in die Kasse des LWV ein. Durch die Umlage findet ein solidarischer Ausgleich statt. In allen Regionen Hessens - ob finanzstark oder strukturschwach - sind die erbrachten Leistungen für die betroffenen Menschen dadurch gleich. Der LWV sichert landesweit gleichwertige Standards in der Behindertenhilfe und einen gleichmäßigen Ausbau und Bestand von Beratungs-, Betreuungs- und Versorgungsangeboten in allen hessischen Gebietskörperschaften und für alle Zielgruppen.

Die Mitarbeiter des LWV sind qualifiziert für die Beurteilung unterschiedlicher Behinderungen und der dafür erforderlichen Hilfen. Sie tragen dazu bei, dass Menschen mit Behinderungen sowie pflegebedürftige Menschen eine vergleichbar gute Versorgung und eine Eingliederung in die Gesellschaft mit gutem Standard erhalten.

Solidarität  
macht stark!

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landeswohlfahrtsverband

Geschäftsstelle: hoffmanns höfe  
Heinrich-Hoffmann-Strasse 3, 60528 Frankfurt/Main,  
Telefon: 069 6706 120, mail: [info@die-linke-im-lwv-hessen.de](mailto:info@die-linke-im-lwv-hessen.de)

## Weiterhin für eine Solidarfinanzierung

Die wohlhabenden Städte der Rhein-Main-Region versuchen, die Solidarfinanzierung des LWV in der bisherigen Form aufzukündigen. Sie verkaufen das mit der politischen Botschaft der Rekommunalisierung. Es geht um Einsparungen. Die Qualität der Eingliederungshilfe und die hohe fachliche Kompetenz des LWV spielt für sie offenbar keine Rolle.

DIE LINKE will den hessenweiten Finanzausgleich erhalten. Denn der Ausstieg aus dem Solidarsystem würde zu ungleichen Verhältnissen bei der Eingliederung von Menschen mit Behinderung führen. Eine gute Versorgung wäre dann vom jeweiligen Wohnort und der Kassenlage des Kreises oder der kreisfreien Stadt abhängig.

Zwingend muss die Qualität und fachliche Kompetenz der Versorgung bei einer Entscheidung über die Eingliederungshilfe im Mittelpunkt stehen. Das leistet der LWV auf hohem Niveau und daran reichen die Möglichkeiten der Kommunen und Kreise nicht heran. Durch die bisherige Finanzierung des LWV über eine Umlage haben die Angebote hessenweit ein hohes Niveau. Dabei treffen die finanziellen Belastungen über die Verbandsumlage alle hessischen Gebietskörperschaften in gleicher prozentualer Höhe, je nach ihrer jeweiligen Finanzkraft.

Der LWV Hessen ist nach wie vor ein Garant hoher Qualität in der Behindertenhilfe - trotz des neoliberalen Zeitgeistes und einer zunehmend dominanten betriebswirtschaftlichen Sicht auf die Hilfen für Menschen mit Behinderung.

## Warum Hessen den LWV braucht

\* Der LWV schafft hessenweit gleiche Bedingungen für Menschen mit Behinderung.

\* Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LWV haben Erfahrung und hohe fachliche Kompetenzen.

\* Der LWV kann auf eine jahrzehntelange Praxis bei der Eingliederung von Menschen mit Behinderung zurückgreifen. Damit kann er auch die Anforderungen meistern, die das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) stellt.

\* Der LWV hat erprobte Strukturen. Sollte das Solidarpaket aufgelöst werden, müssten die Kommunen erst tragfähige Arbeitsformen schaffen.

\* Der LWV ist ausschließlich für Menschen mit Behinderung zuständig. Er braucht sich nicht zwischen wichtigen kommunalen Aufgaben entscheiden: Wenn das Geld knapp wird, müssen Kommunalparlamente abwägen, was ihnen wichtiger ist: die Ausstattung eines Wohnheims für Menschen mit Behinderung, der Erhalt des Freibads oder die Sanierung des Kindergartens.

\* Der LWV ist für die gesamte Struktur des Hilfesystems in Hessen verantwortlich. Bei den Kommunen besteht eher die Gefahr, dass Einrichtungen privatisiert werden.

## Was DIE LINKE vom LWV fordert

In den letzten Jahren breitet sich auch im LWV zunehmend ein Verständnis von Hilfe aus, das auf Vereinzelung und Entsolidarisierung zielt. Der soziale Lebenszusammenhang spielt bei der Hilfe eine immer geringere Rolle.

Diesen Geist atmet auch das neue Konzept PerSEH (Personenzentrierte Steuerung der Eingliederungshilfe in Hessen). Es wird als „passgenaues Angebot“ gepriesen, das die Wünsche und Bedürfnisse der behinderten Menschen berücksichtigt. In der Praxis soll die Hilfe jedoch minutengenau erfasst und dokumentiert werden. Der gläserne Mensch wäre die Folge! Dann wird der Hilfebedarf in Euro

umgerechnet. Behinderte Menschen sollen mit dem Geld ihre Hilfen passgenau kaufen.

DIE LINKE sieht PerSEH sehr kritisch!

Menschen mit Behinderung bekommen den neuen Mythos vom „Kunden“, was nicht den fachlichen Anforderungen entspricht und viele gar nicht leisten können. Besser wäre der Erhalt der sozialen Lebenszusammenhänge und die Wahlmöglichkeit, wo und mit welchem Träger die Hilfen erbracht werden sollen.

DIE LINKE fordert vom LWV eine gute Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit den örtlichen Trägern und der Liga der freien Wohlfahrtspflege!

